

Universitätsverwaltung Düsseldorf 1975

CARL FRIEDRICH CURTIUS

und

HANS MARWALD

In der Festschrift anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Gründung der Medizinischen Akademie hat der eine der beiden Verfasser einen Bericht über die Arbeit der Universitätsverwaltung aus der Sicht des Jahres 1973 gegeben. Danach wurden Bezugspunkte in den Haushaltsjahren 1963 (Jahr der Übernahme der Medizinischen Akademie auf das Land), 1966, 1969 und 1972 gesetzt. Inzwischen sind wiederum drei Jahre vergangen, die Anlaß geben zu einer ergänzenden Darstellung. Die Verfasser danken den Dezernenten der Universitätsverwaltung und dem Verwaltungsdirektor der Medizinischen Einrichtungen für ihre Berichte, die bei diesem Überblick mitverwendet wurden.

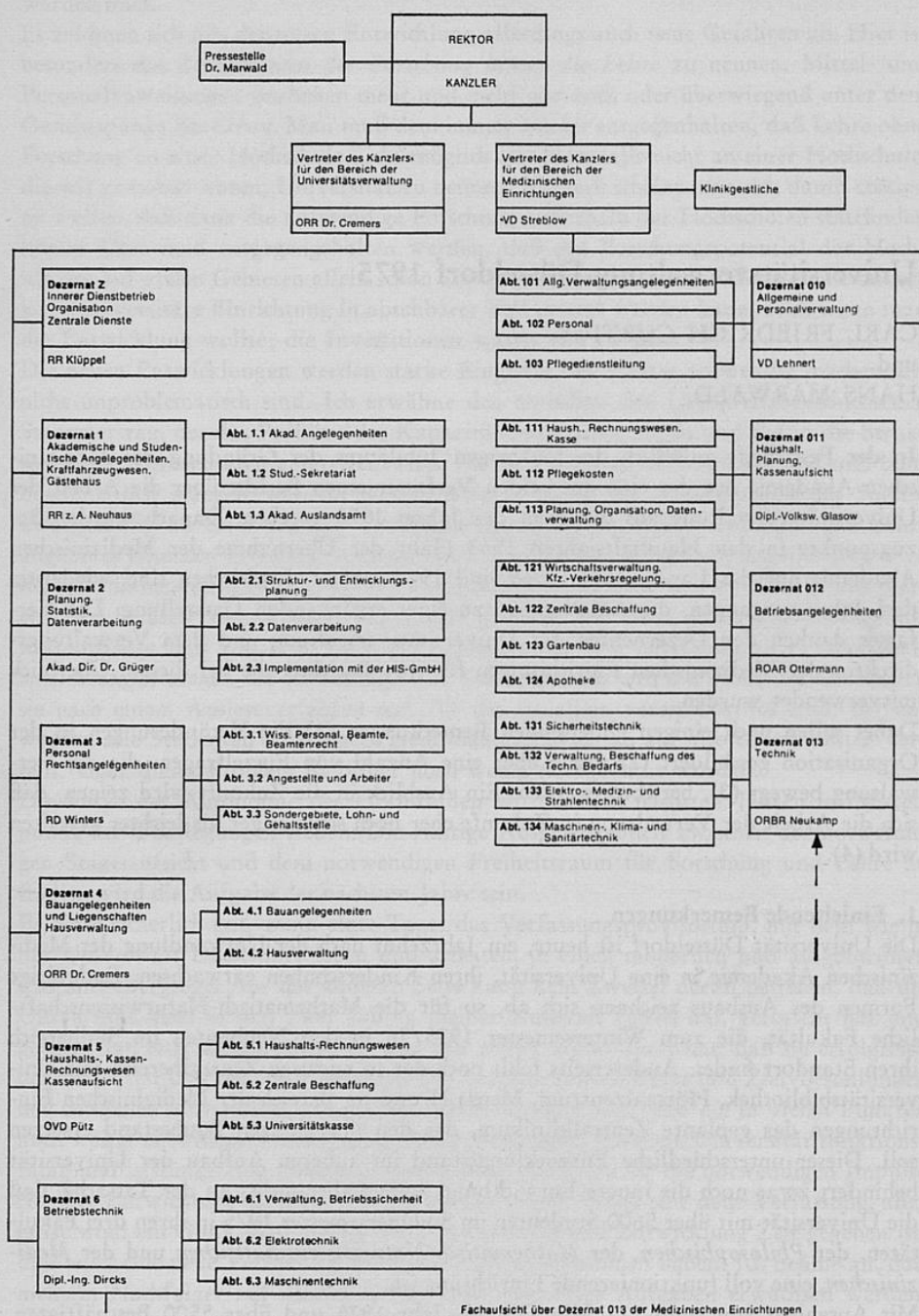
Dabei sollen nach einigen einleitenden Bemerkungen (1) die Veränderungen in der Organisation geschildert (2) sowie über eine Anzahl von Einzelfragen, die die Verwaltung bewegt (3), berichtet werden. Ein Ausblick in die Zukunft wird zeigen, daß sich die Arbeit der Verwaltung in Zukunft eher noch schwieriger als leichter gestalten wird (4).

1. Einleitende Bemerkungen

Die Universität Düsseldorf ist heute, ein Jahrzehnt nach der Umwandlung der Medizinischen Akademie in eine Universität, ihren Kinderschuhen entwachsen. Endgültige Formen des Ausbaus zeichnen sich ab, so für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, die zum Wintersemester 1975/76 in den Neubauten im Südbereich ihren Standort findet. Andererseits fehlt noch der so wichtige Zentralbereich mit Universitätsbibliothek, Hörsaalzentrum, Mensa II und im Bereich der Medizinischen Einrichtungen das geplante Zentralklinikum, das den überalterten Baubestand ersetzen soll. Dieser unterschiedliche Entwicklungsstand im äußeren Aufbau der Universität behindert zwar noch die innere Entwicklung, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Universität mit über 5600 Studenten im Sommersemester 1975 in ihren drei Fakultäten, der *Philosophischen*, der *Mathematisch-Naturwissenschaftlichen* und der *Medizinischen*, eine voll funktionierende Einrichtung ist.

Mit Ausgaben von rund 271 Mio. DM im Jahr 1975 und über 5500 Beschäftigten,

Organigramm der Gesamtverwaltung der Universität Düsseldorf



davon fast 4400 (darin eingeschlossen die im Stellensoll nicht ausgewiesenen Hilfskräfte und Schüler, die eine Vergütung erhalten) allein in den Medizinischen Einrichtungen, ist die Universität Düsseldorf ein gewichtiger Faktor im Wirtschaftsleben der Stadt Düsseldorf. Das Interessengebiet der Universität umfaßt 180 ha und damit fast 1 % der Gesamtfläche der Stadt. Die Universität Düsseldorf ist darüber hinaus der größte Ausbildungsbetrieb mit z.Z. 5600 Studenten, zehn Lehranstalten und Schulen mit 561 Ausbildungsplätzen für die verschiedenen Heilberufe. Die Kliniken der Universität Düsseldorf, mit z.Z. 1856 Betten die größte Krankenanstalt in Düsseldorf, besitzen wegen ihrer Ärzte und Forscher weit über die Landeshauptstadt hinaus einen hervorragenden Ruf.

Der Ausbau von Forschung und Lehre, der durch die Dienstleistung der Universitätsverwaltung zu sichern ist, kann nicht besser verdeutlicht werden, als durch eine knappe Übersicht der Entwicklung in fünf Dreijahresabschnitten (Zusammenfassung von Universitätskapitel und Kapitel der Medizinischen Einrichtungen):

	Stellensoll	Haushalt
1963	578	9,3 Mio. DM
1966	857	18 Mio. DM
1969	1175	28,3 Mio. DM
1972	1970	61,8 Mio. DM
1975	4776	271,5 Mio. DM

Der Sprung im Stellensoll und im Haushalt von 1972 zu 1975 ergibt sich daraus, daß die *Medizinischen Einrichtungen* der Universität zum 1. Januar 1973 aus der Trägerschaft der Stadt Düsseldorf in die des Landes Nordrhein-Westfalen und damit der Universität übernommen worden sind.

Die dargebotenen Zahlen verdeutlichen zugleich den gestiegenen Arbeitsanfall der gesamten Universitätsverwaltung. Die vorliegende Darstellung kann keinen detaillierten Bericht geben, sondern will nur an einigen exemplarischen Beispielen aufzeigen, wie sich die Verwaltung in der Vergangenheit den gewachsenen Aufgaben gestellt hat und wie sie sie in Zukunft zu bewältigen gedenkt.

Drei Daten sind für die Entwicklung der Gesamtverwaltung der Universität bedeutsam: April 1974 – Der neue Geschäftsverteilungsplan für die Universitätsverwaltung tritt in Kraft.

August 1974 – Die Universitätsverwaltung bezieht ihren Neubau.

Mai 1975 – Der neue Geschäftsverteilungsplan für die Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen tritt in Kraft.

Das nebenstehende *Organigramm* der Gesamtverwaltung der Universität verdeutlicht die neue Struktur.

Der *Neubau*, mit dem bisherigen Verwaltungsgebäude durch einen Trakt verbunden, ermöglichte es, mit Ausnahme der Betriebstechnik, alle Abteilungen, auch die bisher verstreut untergebrachten, unter einem Dach zusammenzufassen. Damit steht die gesamte Dienstleistung der Universitätsverwaltung den Angehörigen und Mitarbeitern der Universität, sowie Besuchern an einem Ort zur Verfügung und erspart ihnen früher oft zeitraubende Wege.

Auch die Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen konnte 1974 erweiterte Räume beziehen.

2. Organisatorische Veränderungen

In beiden Bereichen der Gesamtverwaltung, die der Kanzler der Universität gemäß § 39 Hochschulgesetz Nordrhein-Westfalen unter der Verantwortung des Rektors leitet, wurden, wie erwähnt, organisatorische Veränderungen eingeleitet.

a) *Universitätsverwaltung*

Noch vor dem Umzug wurde am 1. April 1974 ein neuer Geschäftsverteilungsplan in Kraft gesetzt.

Bei der Ausarbeitung waren zwei Gesichtspunkte bedeutsam. Einmal kommt in ihm das Bestreben zum Ausdruck, die Organisation der Düsseldorfer Universitätsverwaltung dem vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen empfohlenen Mustergeschäftsverteilungsplan anzunähern, soweit dies unter den besonderen Umständen der Universität Düsseldorf sinnvoll erschien. Zum zweiten sollte mit dem neuen Geschäftsverteilungsplan eine weitere Grundlage für die verwaltungsmäßige Bewältigung der zukünftigen Entwicklung geschaffen werden.

Die neue Struktur, die seit 1970 kontinuierlich aus dem früheren Status der Verwaltung entwickelt worden ist, schafft bessere Voraussetzungen für den Geschäftsablauf in Hinblick auf die quantitativ und qualitativ gestiegenen Anforderungen an die Universitätsverwaltung.

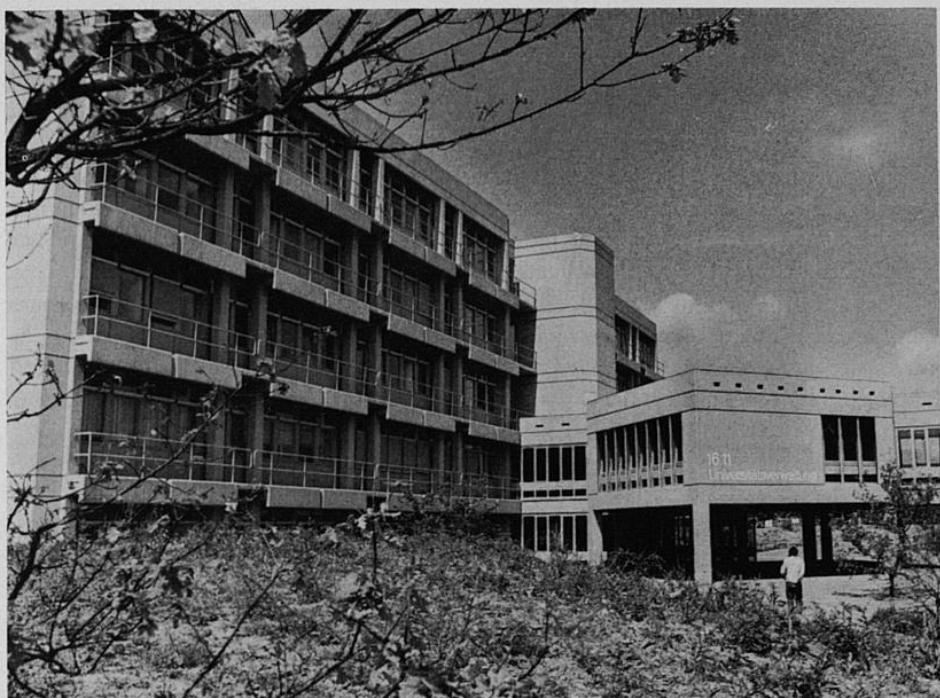
Wichtigste Neuerung zum früheren Geschäftsverteilungsplan war die Einrichtung von drei neuen Dezernaten. Das völlig neu geschaffene Dezernat Z – *Innerer Dienstbetrieb, Organisation, Zentrale Dienste* – hat Regierungsrat KLÜPPEL übernommen (vorher Leiter der Personalabteilung). Das Dezernat 2 – *Planung, Statistik, Datenverarbeitung* – ist aus dem Planungsstab hervorgegangen. Dezernentin wurde die bisherige Leiterin des Planungsstabes, Akademische Direktorin Dr. GRÜGER. Das Dezernat 6 – *Betriebstechnik* – umfaßt die bisher unselbständige technische Abteilung der Universität. Zum Dezernenten wurde der bisherige Leiter der technischen Abteilung, Diplomingenieur DIRCKS bestellt. Er führt darüber hinaus auch die Fachaufsicht über die Betriebstechnik der Medizinischen Einrichtungen.

Mit der Einrichtung der neuen Dezernate wurden auch mehrere der bisherigen Abteilungen neu gegliedert. Das gilt besonders für die Personalabteilung, die in mehrere Abteilungen aufgegliedert wurde.

Weitere Änderungen und Ergänzungen des Geschäftsverteilungsplans stehen bevor (z. B. Einrichtung eines Prüfungsamtes und einer Studienberatungsstelle im Rahmen des Dezernates 1 (s. unten). Eine Universitätsverwaltung unterliegt nämlich, wie schon 1973 hervorgehoben, einem ständigen Entwicklungs- und Organisationsprozeß.

b) *Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen*

Vor einer ähnlichen Aufgabe stand die Verwaltungsspitze nach der Übernahme der Städtischen Krankenanstalten zum 1. Januar 1973 durch das Land Nordrhein-Westfalen. Mit der Neugliederung der Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen sollte eine Vereinheitlichung der gesamten Universitätsverwaltung erreicht werden. Dabei waren Übersichtlichkeit und Vermeidung von Doppelarbeit, Flexibilität zur zukünftigen Angliederung neuer Funktionsbereiche und Erhaltung bewährter Arbeitsabläufe einige Kriterien, nach denen die Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen neu



Das neue Verwaltungsgebäude mit dem Verbindungstrakt zum alten Verwaltungsgebäude

strukturiert wurde. Vorrang hatten dabei die Straffung der Führungsspanne des Verwaltungsdirektors als Vertreter des Kanzlers für den Bereich der Medizinischen Einrichtungen, sowie die Homogenisierung der Instanzen im Bereich der Medizinischen Einrichtungen.

Dem Verwaltungsdirektor waren vor der Übernahme sechs Stabsstellen und elf eigenständige Abteilungen direkt unterstellt. Auf der Ebene der Abteilungen und auch der Sachgebiete waren Organisationseinheiten von unterschiedlicher Größe und Wichtigkeit angesiedelt; handwerklich verrichtungsorientierte Nebenbetriebe waren Verwaltungsbereichen der Primärfunktionen eines Krankenhauses, also Krankenbehandlung, gleichgeordnet. Es bot sich das Bild einer in Jahrzehnten gewachsenen Verwaltung, in der das Hinzufügen neuer Aufgaben deutlich die Jahresringe erkennen ließ; die eingespielte Zusammenarbeit mit vorhandener Erfüllungsqualität ließ eine Neuorientierung vom Grunde her zur Aufgabe zweiten Ranges werden. Auswärtige Modelle für eine Neugliederung waren nur in beschränktem Maße zu nutzen.

Der ministerielle „*Rahmenplan für die Verwaltungen der Klinischen Anstalten der Universitäten*“ (1972) enthielt eine weitgehende Aufgliederung namentlich im Haushalts- und Rechnungswesen und eine überzogene Ausschöpfung der Führungsspanne (sieben Dezernate). Demgegenüber verhalf die Firma McKINSEY in ihrem Vorschlag für die Universitätskliniken in Köln (1974) dem Prinzip der Straffung auf Dezernats-ebene zum Durchbruch, jedoch mit einer im Ergebnis unpraktischen Funktionsballung:

In einem Dezernat „Finanzen und Versorgung“ wurden beispielsweise so heterogene Abteilungen wie Finanzen und Technik usw. zusammengefaßt.

Ansatzpunkte für die Neugliederung gemäß den Düsseldorfer Gegebenheiten boten sich in der Möglichkeit, eine organisatorische Zwischenebene einzuziehen: die Abteilungen wurden unter Hervorhebung der betrieblichen und zuliefernden Funktionen geordnet und zu vier Dezernaten zusammengefaßt. Auf diesem Wege konnten die Direktunterstellungen der Linieninstanzen auf eine dem Großbetrieb eines modernen Krankenhauses angemessene Zahl reduziert und zugleich die Verwaltungsspitze zur Wahrnehmung ihrer Leitungsfunktion entlastet werden.

Auf der Abteilungsebene wurde in Anlehnung an die Universitätsverwaltung ein neuer Funktionsbereich „*Planung, Organisation, Datenverwaltung*“ eingerichtet, der nicht nur in der gewerblichen Wirtschaft, sondern seit einem halben Jahrzehnt auch in den Universitäten zunehmende Bedeutung für Rationalisierung und Entscheidungsvorbereitungen gewinnt.

Bemühungen zur bestmöglichen personellen Besetzung dieser Abteilung bzw. des Dezernates, dessen Teil sie ist, sind inzwischen aufgenommen worden.

Zur Hervorhebung der Dispositionen für Personalplanung und -entwicklung sind die bisher getrennten *Pflegedienstleitungen* (Oberin und Oberpfleger) zusammengefaßt und in eine eigenständige Abteilung eingebracht worden. Gleichzeitig wurde die Pflegedienstleistung von einigen verwaltungsmäßigen Verrichtungen (z. B. Aktenführung) entlastet.

3. Einzelfragen aus der Arbeit der Verwaltung der Universität

Nach diesen Bemerkungen zur organisatorischen Neu- und Umgestaltung des Verwaltungskörpers sollen nun einige wesentliche Probleme, die die einzelnen Zweige der Verwaltung beschäftigen, wenigstens kurz angesprochen werden.

a) *Universitätsverwaltung*

Zusammenfassung aller Abteilungen unter einem Dach und neuer Geschäftsverteilungsplan sind Ausdruck für innere Strukturreform und zahlreiche Neuerungen. Hierzu folgende Hinweise:

Mit der Einrichtung des Dezernates Z wurde zugleich ein Instrument für die Koordination unter den Dezernenten und nach Bedarf auch für übergreifende Aufgaben geschaffen. Das Dezernat hat ferner die Aufgabe erhalten, die noch fehlende *Zentralregistratur* einzurichten.

Die Zentralregistratur – mit unbegrenzten Erweiterungsmöglichkeiten – öffnet die Verwaltung in diesem Bereich für künftige Aufgaben, ermöglicht Flexibilität und Rationalisierung in Gestalt von sicherem Auffinden und raschem Zugriff.

Aus der Fülle der Aufgaben des Dezernates I – Akademische und studentische Angelegenheiten – seien folgende zwei Neuerungen erwähnt. Noch 1975 wird ein zentrales *Akademisches Prüfungsamt* seine Arbeit aufnehmen und die verwaltungsmäßige Betreuung aller akademischer Prüfungen (Diplome, Vordiplome, Magister, Promotionen), gegebenenfalls auch staatlichen Prüfungen (zahnärztliche Prüfungen) übernehmen. Die organisatorischen Voraussetzungen für diese Aufgabe sind bereits geschaffen.



Im Gespräch (von links): Kanzler Dr. CARL FRIEDRICH CURTIUS, Technischer Direktor Dipl.-Ing. KLAUS DIRCKS, Leiter des Dezernates 6 – Betriebstechnik, und Pressereferent Dr. HANS MARWALD

Wachsende Bedeutung, das ist seit langem abzusehen, für die Betreuung der Studenten wird die geplante zentrale *Studienberatung* gewinnen. Die erforderlichen Vorbereitungen für die Errichtung dieser zentralen Studienberatung sind getroffen und Maßnahmen für die Besetzung der zwei vorhandenen Stellen für Berufsberater eingeleitet. Die wachsende Verunsicherung – und hier liegen nicht nur konjunkturelle, sondern mehr noch strukturelle Ursachen vor – die nicht unerhebliche Zahl von Studienwechslern und Abbrechern lassen diese Aufgabe als vordringlich erscheinen. Bedarf, Aufgaben und Möglichkeiten werden sich bei vorerst beschränkten Mitteln kaum zur Deckung bringen lassen. Doch kann erhofft werden, daß, zumal eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Arbeitsamtes vorgesehen ist, die dann angebotenen Hilfen mehr als nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein werden.

Ein interessantes Beispiel für das Teamwork innerhalb der Verwaltung und zugleich für die Anwendung moderner Verfahren ist die Zusammenarbeit bei der *Nutzung und Ausweitung der EDV*. Hier arbeiten die Dezernate in flexiblen Projektgruppen zusammen, um gemeinsam mit dem Rechenzentrum der Universität immer mehr Arbeitsabläufe zu automatisieren und dem Computer überlassen zu können. Die Auswirkungen dieser Arbeit, die in der Vergangenheit nicht zuletzt auch durch die Unterstützung der HIS-GmbH gefördert wurde, hatten einen doppelten Entlastungseffekt zur Folge, einmal für die Verwaltung selbst und zum anderen für ihre „Kunden“.

Erste Nutznießer dieser Arbeit waren die Studenten. Das 1972/73 eingeführte Studienoperationssystem erspart den Studenten die wiederholte Datenabfrage bei der Immatrikulation, Rückmeldung usw., erlaubt der Verwaltung jederzeit den Rückgriff auf die gespeicherten Daten und damit auch die Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Datenerlieferung (z. B. nach dem Hochschul-Statistikgesetz).

Ähnliche Entlastungsfunktionen soll ein EDV-System im Personalwesen übernehmen, das ebenfalls von der HIS-GmbH entwickelt worden ist. Mit diesem System sollen alle Personaldaten so erfaßt werden, daß sie für statistische Zwecke (Hochschulplanung und vergleichbare Aufgaben) in den jeweils benötigten Kombinationen schnell und zuverlässig abgerufen werden können. Dieses System wird bereits an einigen Hochschulen in Baden-Württemberg betrieben; in Nordrhein-Westfalen wird die Universität Düsseldorf die erste Hochschule sein, die dieses System einsetzt. In diesem Zusammenhang sei auch vermerkt, daß die Besoldung und alle damit zusammenhängenden Arbeiten inzwischen auf das Landesamt für Besoldung und Versorgung übertragen worden sind. Die Universität hat dieser Übernahme zugestimmt, weil sie andernfalls ein eigenes EDV-System hätte aufbauen müssen, um die in den letzten Jahren infolge der laufenden Änderungen im Tarif-, Besoldungs- und Sozialversicherungsrecht ungemein arbeitsaufwendigen Arbeiten bewältigen zu können.

Nicht weniger tiefgreifend sind die Veränderungen, die sich auf Grund der Datenverarbeitung im Dezernat 5 – *Haushaltsangelegenheiten, Zentrale Beschaffung, Universitätskasse, Kassenaufsicht* – vollzogen haben und noch vollziehen. So wurden die Entwicklungsarbeiten zur Einführung eines EDV-Systems HISKAM für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zu einem Zwischenabschluß gebracht, nachdem vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen die probeweise Einführung in Form eines Parallellaufs genehmigt worden war. Die neuen Belege wurden durch arbeitsbegleitende Maßnahmen sowohl bei der Universitätsverwaltung, als auch bei den angeschlossenen beiden Fachhochschulen Düsseldorf und Niederrhein und dem Staatshochbauamt eingeführt. Mit diesen neuen Belegen sind 75 % des gesamten Anordnungsgeschehens erfaßt. Mit Beginn des Haushaltsjahres 1975 wurde auch ein neues Bestellverfahren eingeführt, das bereits den Anforderungen des HISKAM-Systems entspricht.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die bevorstehende *Übernahme des Südbereichs* eingegangen werden.

Der Umzug stellt alle Beteiligten, besonders die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, die zentrale Beschaffungsabteilung und das Dezernat 4 der Universitätsverwaltung, vor eine einmalige Kraftprobe.

Auch hier eine Zahl: Mit dem Südbereich wird sich die Gebäudefläche der Universität (ohne Medizinische Einrichtungen) mehr als verdoppeln. Für Umzug und Neuausstattung steht, da die Übergabe erst im August 1975 erfolgen kann, nur eine kurze Zeitspanne zur Verfügung. Denn bereits zum Wintersemester 1975/76 muß der Lehrbetrieb in den Neubauten mit einer Kapazität von 3800 Studienplätzen nahtlos weitergeführt werden.

Schon bei der Vorbereitung mußten neuartige Wege eingeschlagen werden. Nach zehnmonatiger Arbeit wurde im Frühjahr 1974 ein Entwicklungs- und Ausstattungsplan sowie ein Kostenanschlag über die Erstausrüstung vorgelegt. Mit der Vorlage des

Entwicklungs- und Ausstattungsplans wurde für den Bereich der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät eine Forderung des Hochschulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen erfüllt. Hier mußte Neuland beschritten werden, weil die dafür erforderlichen Ausführungsrichtlinien fehlten. Der Plan erhielt zudem besonderes Gewicht durch die Tatsache, daß er von einer neutralen Stelle, der Beratungsfirma McKINSEY und Co., erarbeitet wurde. Hierbei und besonders bei der Erstellung des Kostenanschlages lieferten Wissenschaftler der Fakultät erhebliche Beiträge. Beteiligt war ferner neben der Universitätsverwaltung die HIS-GmbH.

Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien haben inzwischen ergeben, daß die im Entwicklungs- und Ausstattungsplan niedergelegten Zielvorstellungen zum Teil leider erhebliche Abstriche erfahren. Das gilt sowohl für die geplante Zahl der Lehrstühle, als auch für die im Kostenanschlag errechneten Mittel in Höhe von 71,2 Mio. DM (einschließlich Mehrwertsteuer).

Auch bei der *Beschaffung* mußten neue Verfahren erarbeitet werden. Um Aufträge derartiger Größenordnung, für 1975 liegt zum jetzigen Zeitpunkt ein Genehmigungserlaß für den konventionellen Teil der Ausstattung in Höhe von 6,05 Mio. DM vor, zügig abwickeln zu können, wurden in Zusammenarbeit mit der Bundesstelle für Büroorganisation Mindestanforderungen erarbeitet, die bei Angeboten mit unterschiedlichen Preis- und Qualitätsklassen der einzelnen Artikel direkte Vergleiche ermöglichen, um so möglichst schnell das preiswerteste Angebot herausfinden zu können. Vorhandene und zu beschaffende Geräte und Möbel, das gesamte wissenschaftlich-technische Gerät wurden EDV-mäßig erfaßt. Mit Hilfe des Rechenzentrums wurden die erforderlichen Programme erstellt. So konnten den Lieferfirmen die ebenfalls EDV-mäßig vorbereiteten Listen der Räume mit einzubringendem Gerät und Liefertagen zur Verfügung gestellt werden. Zuvor war in Zusammenarbeit mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät auf der Grundlage einer von ihr erstellten Prioritätenliste ein Netzplan für den gesamten Umzug erarbeitet worden.

Die bisher skizzierten Verfahren verdeutlichen zur Genüge, wie innerhalb der Universitätsverwaltung von einem Großteil der Mitarbeiter ein technisches know-how erworben worden ist, das auch für die Bewältigung zukünftiger Arbeiten und neuer Aufgaben verfügbar bleibt. Und das gilt auch für andere Abteilungen, so für die Maschinenbuchhaltung der Universitätskasse, die auf die mittlere Datentechnik umgestellt wurde.

Eine vergleichbare Entwicklung zeichnet sich im Bereich der *Betriebstechnik* für die Universität ab. Auch hier kann eine Zahl die Größe der Aufgabe verdeutlichen: Mit der Übernahme des Südbereichs steigt der Wert der technischen Installationen von bisher 31 Mio. auf 141 Mio. DM an. Die gesamte Betreuung ist vom Dezernat 6 – *Betriebstechnik* – der Universitätsverwaltung zu leisten. Eine günstigere Grundlage als bisher ergibt sich für die Betriebstechnik mit dem Umzug in den neuen *Technischen Betriebschef*, der ebenfalls im Südbereich noch 1975 bezugsfertig wird. Der bedeutendste Rationalisierungseffekt ergibt sich durch die Einrichtung der Zentralen Leittechnik: Zentrale Überwachung, schnellere Störungsbeseitigung, arbeitssparende Fernbedienungsmöglichkeiten und automatische Steuerungssysteme nach vorgegebenen Zeitplänen werden zu erheblichen Kosteneinsparungen führen. Da der technische Direktor der Universitätsverwaltung zugleich auch mit der Fachaufsicht über die Technik der

Medizinischen Einrichtungen betraut ist, kann auch die Verzahnung dieser beiden technischen Einheiten Schritt für Schritt fortgesetzt werden. Der Verzahnungsprozeß, der im Grunde erst nach der Übernahme der Medizinischen Einrichtungen zum 1. Januar 1973 voll eingeleitet werden konnte, wird durch den geplanten Neubau des Zentralklinikums mit neuen Aufgaben und neuen Möglichkeiten weitergeführt. Die Auswirkungen der getroffenen und noch zu fällenden Entscheidungen werden deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die gesamte Ver- und Entsorgung (Wasser und Abwasser, Gas und Elektrizität, Heizung, Belüftung, Kältetechnik usw.) die Größenordnung einer mittleren Kreisstadt erreicht.

Eine erste Rationalisierungsmaßnahme mit erheblichen Kosteneinsparungen konnte schon jetzt teilweise verwirklicht werden. Die beiden technischen Magazine wurden auf gleiche Lagernummern umgestellt und ein gemeinsamer Katalog geschaffen. Beschaffungsaufträge erfolgen nur noch gemeinsam. Außerdem erprobt das Dezernat 6 zur Zeit eine interne Kostenstellenrechnung mit Hilfe der EDV, um so eine bessere betriebswirtschaftliche Übersicht und eine detailliertere Aufschlüsselung über die verbrauchten Mittel zu gewinnen.

Diese fragmentarische Übersicht über einige Problemstellungen der Universitätsverwaltung konnte keine Vollständigkeit anstreben. Probleme der Kapazitätsberechnung, die eine eigene Abhandlung erfordern würde, die Mitarbeit bei der Umwandlung des Studentenwerks e.V. in eine gegenüber der Universität selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts, Bestrebungen, auf dem Campus Läden anzusiedeln, z. B. eine Buchhandlung, konkrete Planungen zur Errichtung eines Instituts für Leibesübungen sollen an dieser Stelle stellvertretend für viele andere Aufgaben, Pläne und Ziele genannt werden.

b) Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen

An einigen Beispielen soll nunmehr verdeutlicht werden, mit welchen Problemen der Übergang der früheren Städtischen Krankenanstalten in die Trägerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen verbunden war. Neben der Umstellung von den bisher für die Kommunalen Verwaltungen geltenden Rechten auf die landesrechtlichen Bestimmungen und Zuständigkeiten mußte auch eine Reihe organisatorischer Änderungen vorgenommen werden, die sich durch die Abtrennung von den zentralen Einrichtungen der Stadt Düsseldorf ergaben. Eine eigenständige Haushaltsabteilung mußte aufgebaut werden. Im personellen Bereich mußte die Personalienbearbeitung für Beamte übernommen und eine eigene Abteilung gebildet werden. Zahlreiche Aufgaben, die bisher zentral von der Stadt Düsseldorf wahrgenommen wurden, mußten nun in eigener Verantwortung gelöst werden. Zusätzlich mußten noch in dieser Übergangsphase die Medizinisch-Theoretischen Institute, die seit 1962 im Haushalt der Universität geführt wurden, in das Haushaltskapitel der Medizinischen Einrichtungen überführt werden.

Die Anforderungen, die an die Bediensteten der Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen in den letzten drei Jahren gestellt wurden, waren zweifellos außergewöhnlich hoch. Wenn es dem Verwaltungsdirektor, Herrn STREBLOW, und seiner Mannschaft gelungen ist, diesen vielfältigen Anforderungen in hervorragendem Maße zu genügen, dann war das keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Dieser Erfolg ist aus dem festen Willen zur Bewältigung auch der schwierigsten Problemstellungen erwach-

sen. Zu diesen zählen insbesondere auch die sich aus der von der Landesregierung angeordneten Bettenreduzierung ergebenden Probleme.

Für die Zukunft der Medizinischen Einrichtungen und ihrer Verwaltung muß man zudem folgende Prognose stellen:

Übergangslösungen und Provisorien werden noch über ein Jahrzehnt hinaus die weitere Entwicklung bestimmen, bedingt durch einen veralteten Baubestand, den ein neues Zentralklinikum ersetzen soll. Das Ziel ist in dem „Generalplan 72“ des Instituts für Funktionsanalyse und Krankenhausplanung (Kopenhagen) festgelegt. Der Generalplan enthält die Entwicklungsplanung, nach der die übergeordneten zukünftigen Organisationsprinzipien der Universitätskliniken festgelegt und ein planmäßiger Aufbau eines einheitlich strukturierten und betriebswirtschaftlich rationellen Gesamtorganismus der Kliniken errichtet werden sollen. So werden auf der Grundlage des Generalplanes der *Neubau des Zentralklinikums* (1. Bauabschnitt: Medizinisch-Neurologisch-Radiologische Klinik), der Neubau der *Zentralküche* mit Versorgungszentrale, der Neubau einer *Lehranstalt für Krankengymnastik und Massage*, der Ausbau der *chirurgischen Klinik* mit Neubau einer *Blutbank* und der Neubau eines *Mehrzweckgebäudes* zur Freimachung der Baustelle für den Neubau der Zentralküche vorgenommen. Ebenfalls nach dem Generalplan wurden als Übergangslösungen der Um- und Ausbau der *Neurochirurgisch-Urologischen Klinik*, ein Anbau an die *Augenklinik* sowie ein Anbau an die *Frauenklinik* begonnen bzw. vorgeplant.

4. Ausblick

Die vorstehenden Bemerkungen mögen in ihrem Tenor den Leser im großen und ganzen optimistisch anmuten. Aus dem Bereich des Dienstleistungsbetriebs „Hochschulverwaltung“ konnten Entwicklungsprozesse und Neuerungen vermerkt werden, die zu ihrem Teil dazu beitragen mögen, dieser jungen Universität ihren nicht immer einfachen Weg in die Zukunft zu ebnen.

Freilich besteht kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit und allzu pauschaler Anwendung des Prinzips Hoffnung.

Beide Teile der Gesamtverwaltung der Universität – Universitätsverwaltung wie Verwaltung der Medizinischen Einrichtungen – müssen sich bewußt bleiben, daß sie – wie könnte es anders sein – im steten Kreuzfeuer der Meinungen der Nutzer stehen. Schon in dem Beitrag von 1973 mußte allerdings darauf aufmerksam gemacht werden, daß es niemals möglich sein wird, alle Wünsche der Einrichtungen und Mitarbeiter der Universität zu erfüllen. Leider sind vielfach die Erwartungen, zumal in quantitativer Hinsicht, zu hoch gesteckt. Dieses Faktum wird gerade in den kommenden Jahren mit noch größerer Deutlichkeit in Erscheinung treten.

Im Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Jahrbuchs (Juli 1975) wird unter dem Eindruck der konjunkturellen Großwetterlage und daraus folgenden bundesweiten Sparmaßnahmen deutlich, daß die haushaltsmäßige Fortentwicklung der kommenden Jahre nicht mehr in der Addition von Wünschen und Bewilligungen bestehen wird. Vielmehr werden alle Beteiligten aufgerufen sein, die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen und auch nicht vor den schwierigen Fragen erforderlicher Umverteilungen zurückzuschrecken. Unabhängig davon bleibt der Universitätsverwaltung die Aufgabe, dem Land Nordrhein-Westfalen die wesentlichen Bedürfnisse dieser *Universität im*

Aufbau immer wieder zu verdeutlichen. Jedoch ist dies ein zu weites Feld, als daß es an dieser Stelle en détail behandelt werden könnte. Es sei lediglich beispielhaft darauf hingewiesen, daß sich hinter dieser Fragestellung so lebenswichtige Bauvorhaben wie die Universitätsbibliothek und die Forumsbebauung oder im Klinikum der Bau der MN-Klinik verbergen. Auch der Betrieb der baulich fertiggestellten naturwissenschaftlichen Institute gibt hinsichtlich des hierfür zur Verfügung stehenden Personals und angesichts der haushaltsmäßigen Entwicklung des Landes im Jahre 1976 zu größten Sorgen Anlaß.

Die Bewältigung der Zielsetzungen der Verwaltung dieser Universität wird durch die vorstehend angerissenen Umstände gewiß nicht erleichtert. Nichtsdestotrotz wird die Verwaltung bemüht bleiben, die in sie gesetzten Erwartungen so gut als möglich zu erfüllen.

Helfen Sie uns,

neue Mitglieder zu gewinnen, die aktiv am weiteren Ausbau unserer Universität und an der Forschungsförderung teilnehmen wollen.

Anmeldungen werden erbeten an:

Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Düsseldorf e.V., Geschäftsstelle, 4 Düsseldorf, Mannesmannufer 2, Tel. 8 2022 62

Konten:

Commerzbank Düsseldorf, 1780 204 (BLZ 300 400 00)

Deutsche Bank Düsseldorf, 19/65 375 (BLZ 300 700 10)

Stadt-Sparkasse Düsseldorf, 10170 009 (BLZ 300 501 10)

(oder Postscheckkonto der Stadt-Sparkasse Düsseldorf, Köln 2783-501)

Trinkaus & Burkhardt Düsseldorf, 1214/012 (BLZ 300 308 80)
